



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

kurz bevor wir Mitglieder des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause nach Berlin zurückkehrten, spielten sich auf der Treppe des Reichstagsgebäudes hässliche Szenen ab. Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut, gerade auch in Pandemie-Zeiten. Gleiches gilt allerdings für den Schutz des Parlaments und die Unabhängigkeit der Volksvertreterinnen und -vertreter. Solche Angriffe auf unseren Rechtsstaat werden wir nicht dulden – egal ob von rechts oder von links wie aktuell in Leipzig. Im Namen des gesamten Parlaments hat der Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble noch einmal allen Polizistinnen und Polizisten gedankt, die in der vergangenen Woche den Reichstag geschützt haben. Ihr großer persönlicher Einsatz war vorbildlich und verdient unser aller Respekt.

Die zwei Monate ohne parlamentarischen Alltag habe ich intensiv genutzt, um mich mit den vielen engagierten Menschen in den Landkreisen Gifhorn und Peine auszutauschen. Ich habe unzählige kleine und große Betriebe besucht, mit Vereinen und Verbänden gesprochen und Bürgersprechstunden abgehalten. Um Ihnen einen umfassenden Überblick über meine Aktivitäten im Juli und August zu geben, werde ich Ihnen Ende September – pünktlich zum Ende des Sommers – eine Sonderausgabe des “Schulterblicks” zukommen lassen. Ein Sommer-Spezial so zu sagen. Seien Sie gespannt!

In dieser Ausgabe erwarten Sie entsprechend ausschließlich Berichte aus Berlin. Es war auf jeden Fall ein erfolgreicher Auftakt in die letzte “Saison” dieser Legislaturperiode.

Freundlich grüßt Sie
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Klausurtagung der Familien-AG in Berlin

Die zweitägige Klausurtagung unserer Arbeitsgruppe für Familien, Senioren, Frauen und Jugend war ein toller und informativer Start in die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause.

Los ging es am Sonntag mit Themen wie Kinder- und Jugendbildung, Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und Familienpolitik im Spiegel der Gesellschaft. Unsere Europaabgeordnete, Lena Düpont, berichtete über die Familien- und Gleichstellungspolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.



Am zweiten Tag ging es um Fragen des Familienrechts, um weitere Ansätze zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder sowie um den Prostituiertenschutz — um nur einige Schwerpunkte zu nennen.

Sie sehen, wie breit das Themenspektrum ist, das uns in diesem Politikfeld begegnet. Seien Sie versichert, dass wir noch viele gute Ideen haben. Wir bleiben am Ball! Im Sinne der Kinder und Jugendlichen, der Familien, der Frauen und der älteren Menschen.



Bericht aus Berlin

Steuerliche Entlastung von Familien kommt

Mit dem in erster Lesung beratenen Gesetzentwurf wird die zweite im Koalitionsvertrag verankerte Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags umgesetzt. Zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien steigt zum 1. Januar 2021 das Kindergeld um 15 Euro und beträgt damit für das erste und zweite Kind jeweils 219 Euro, für das dritte Kind 225 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 250 Euro. Gleichzeitig werden die steuerlichen Kinderfreibeträge erhöht.

Zur Freistellung des steuerlichen Existenzminimums sowie zum Ausgleich der kalten Progression werden der Grundfreibetrag angehoben und Eckwerte verschoben. Ebenfalls wird der Höchstbetrag für den Abzug von Unterhaltsleistungen angehoben.



Digitalisierung im Bereich Familienleistungen

Eine weitere Entlastung für Familien kommt mit dem Gesetzentwurf zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen, das wir in erster Lesung beraten haben.

Mit der Initiative schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen, um den Zugang zu drei zentralen Familienleistungen (Elterngeld, Kindergeld und Namensbestimmung) stark zu vereinfachen. Eltern werden von Bürokratie entlastet, indem bei zentralen Familienleistungen mit Zustimmung des Antragstellers behördenübergreifende Datenaustausche ermöglicht werden.





Bericht aus Berlin

Helene-Weber-Preis geht nach Hohenhameln

Eine kurze, aber sehr schöne und erfreuliche Begegnung hatte ich am Dienstag am Rande der Fraktionssitzung. Marion Övermöhle-Mühlbach aus Hohenhameln kam zum Reichstagsgebäude, um mir von der Preisverleihung des Helene-Weber-Preises 2020 zu berichten. Sie ist eine von bundesweit 15 ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen, die in diesem Jahr mit der Auszeichnung geehrt wurden.

Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Preis ist eine Anerkennung für besonderes politisches und zivilgesellschaftliches Engagement.

Es war mir eine Freude, Marion Övermöhle-Mühlbach für den Preis vorschlagen zu dürfen. Herzlichen Glückwunsch!



Gruppe der Frauen trifft Ralph Brinkhaus

Bei einem Frühstück diskutierte ich am Freitag gemeinsam mit Kolleginnen aus der Gruppe der Frauen mit unserem Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus. Es gab viel zu besprechen. So ging es zunächst um die Frage, wie man mehr Frauen für die politische Arbeit gewinnt. Ganz konkret wurde es bei Herausforderungen des parlamentarischen Alltags: Wie steht es um den Frauenanteil bei der Rednerbenennung? Wie gut sind Frauen in den Gremien vertreten?

Dann kamen die ganz großen Themen zur Sprache: Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken? Wie müssen wir Volksvertreterinnen und Volksvertreter unsere Arbeit gestalten, um die Menschen auch emotional zu begleiten? Wie steht es um die Zukunft der Volkspartei CDU?

Es war ein aufschlussreicher und gedankenvoller Austausch!





Bericht aus Berlin

Mehr Arbeitsschutz in der Fleischbranche

Am Donnerstag debattierten wir in erster Lesung das Arbeitsschutzkontrollgesetz, das die Leistungsfähigkeit der staatlichen Aufsicht vor allem in der Fleischwirtschaft stärken soll. Um gute Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit in der Fleischwirtschaft zu gewährleisten, wird die Kontrollichte substanziell gesetzlich erhöht. Vorgesehen ist zudem ein Verbot von Werkverträgen im Bereich des Kerngeschäfts Schlachten, Zerlegen und Verarbeiten von Fleisch. Von diesem Verbot sind Unternehmen der Fleischwirtschaft, die in der Regel nicht mehr als 49 Personen beschäftigen, ausgenommen. Dies ist enorm wichtig, um die handwerklich arbeitenden Betriebe nicht unnötig zu belasten. Im parlamentarischen Verfahren müssen wir uns noch detailliert mit der Frage der Zeitarbeit und auch des Grenzwertes für Handwerksbetriebe auseinandersetzen. Da dürfen wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.



Das Gesetz verpflichtet zudem zur Einführung einer elektronischen Arbeitszeitkontrolle. Außerdem werden zu Gemeinschaftsunterkünften mit direktem Bezug zum Arbeitsplatz branchenübergreifend Mindestanforderungen festgeschrieben.

Wir beschleunigen Investitionen

Klare Prioritäten und schnelle Investitionsentscheidungen sind die Grundlage für sichere Arbeitsplätze und einen leistungsfähigen Staat. Wir bieten deshalb in dieser Woche das Investitionsbeschleunigungsgesetz. Unser Ziel sind einfachere und schnellere Verfahren bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten (u. a. Raumordnung, Planfeststellung und Verwaltungsgerichtsbarkeit). So sind beispielsweise Vereinfachungen bei der Genehmigung der Elektrifizierung von Schienenstrecken sowie Maßnahmen zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren vorgesehen.



Auf diese Weise sichern wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und stärken langfristig den Investitionsstandort Deutschland.



Bericht aus Berlin

Lobbyregister beim Deutschen Bundestag kommt

In erster Lesung berieten wir einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag. Damit wird mehr Transparenz bei der Interessenvertretung hergestellt, ohne gleichzeitig die Interessenvertretung aus dem Wahlkreis heraus zu erschweren. Der Kontakt zu Abgeordneten im Wahlkreis bleibt weiterhin uneingeschränkt und ohne Eintragungspflichten möglich. Für Interessenvertreter, die in den Anwendungsbereich der Regelung fallen, besteht dagegen künftig eine Eintragungspflicht, bevor gegenüber Abgeordneten oder Fraktionen Interessenvertretung betrieben wird.

6 % der Agrar-Direktzahlungen werden umgeschichtet

Mit der Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes sollen 6 Prozent der deutschen EU-Direktzahlungen (1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik) für das Antragsjahr 2021 als Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER als 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik) umgeschichtet werden. Wir Unionspolitiker konnten uns gegenüber dem Koalitionspartner durchsetzen und die gleiche Umschichtungshöhe wie im Antragsjahr 2020 erreichen.



Die umgeschichteten Mittel stehen den Ländern unter anderem für Maßnahmen der Agrarumweltförderung, wie dem Anlegen von Blühstreifen, sowie der Förderung des Öko-Landbaus zur Verfügung.

Marktstabilisierungsmaßnahmen für Agrarprodukte

Wir behandelten in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen. Damit passen wir notwendige Erweiterungen an EU-Verordnungen im Agrarmarktstrukturgesetz an, um Marktstabilisierungsmaßnahmen in verschiedenen landwirtschaftlichen Sektoren (Verarbeitungskartoffeln, Blumen sowie Milch und Milcherzeugnisse) zu ermöglichen.

Zusätzlich wird durch eine punktuelle Änderung des Weingesetzes die Gültigkeit von Genehmigungen für Rebpflanzungen verlängert. Dies ist aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie notwendig.



Bericht aus Berlin

Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken

Durch den Entwurf werden die Apotheken vor Ort gestärkt, damit die Versorgung mit Medikamenten weiterhin zuverlässig gesichert ist. Der Gesetzentwurf schreibt eine Gleichpreisigkeit für inländische Apotheken und den ausländischen Versandhandel fest, indem der einheitliche Apothekenabgabepreis bei der Versorgung von gesetzlich Krankenversicherten im Rahmen des Sachleistungsprinzips gesetzlich verankert wird. Damit wird ausgeschlossen, dass ausländische Versandapotheken bei der Abgabe verschreibungspflichtiger Medikamente Rabatte oder Boni gewähren können. Zudem werden mit dem Gesetzentwurf zusätzliche pharmazeutische Dienstleistungen eingeführt, auf die GKV-Versicherte einen Anspruch haben. Für diese werden die Apotheker vergütet.



Krankenhäuser fit für die Zukunft machen

Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz sollen der Digitalisierungsgrad der Krankenhäuser erhöht und deren technische Ausstattung modernisiert werden. Gleichzeitig werden Kliniken zukünftig noch besser darauf vorbereitet, Pandemien wie die Corona-Pandemie zu bewältigen. Über einen Krankenhauszukunftsfonds werden dafür notwendige Investitionen gefördert. Zudem sind Maßnahmen vorgesehen, um aufgrund des Coronavirus entstandene Erlösrückgänge anteilig auszugleichen. Die Geltung eines Großteils der bisher zur Unterstützung von Pflegeeinrichtungen getroffenen Regelungen wird bis zum 31. Dezember 2020 verlängert, gleiches gilt für die pandemiebedingte zeitliche Erweiterung des Anspruchs auf Pflegeunterstützungsgeld von 10 auf 20 Arbeitstage. Der Leistungszeitraum des Kinderkrankengeldes wird im Jahr 2020 um jeweils weitere fünf Tage bzw. weitere zehn Tage für Alleinerziehende einmalig ausgeweitet.





Bericht aus Berlin

Impressionen dieser Sitzungswoche



Auf dem Weg nach Berlin.



Lena Düpont MdEP nahm digital an der Klausur der AG Familie teil.



Ganz munter bei der AG Kommunales.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Siebtes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Mit dem Gesetz werden unter anderem die Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 umgesetzt. Sie sind Bestandteil der vom Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 beschlossenen Maßnahmen. Zur Förderung des Umstiegs auf elektrische Antriebe sieht der Gesetzentwurf eine Verlängerung der zehnjährigen Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für bis Ende 2025 erstzugelassene reine Elektrofahrzeuge vor. Die Steuerbefreiung gilt jedoch längstens bis 31. Dezember 2030. Bisher ist die zehnjährige Steuerbefreiung auf reine Elektrofahrzeuge beschränkt, die bis zum 31. Dezember 2020 erstmalig zugelassen oder komplett auf Elektroantrieb umgerüstet werden.

Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag: Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2019. Wir debattierten den Bericht des Petitionsausschusses. Seit drei Jahren nimmt die Zahl der Petitionen wieder zu. Über 13.500 Bürgerinnen und Bürger nutzten im Jahr 2019 die Möglichkeit, sich mit Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag zu wenden. Wie im vergangenen Jahr wurde mehr als ein Drittel der Petitionen über das Online-Portal eingereicht.

Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs. In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir ein Gesetz, mit dem der Praxis missbräuchlicher Abmahnungen entgegengewirkt werden soll. Die geltenden Anforderungen an abmahnbefugte Wettbewerber und Verbände werden nachgeschärft und auf diese Weise der Kreis der Abmahnbefugten insgesamt eingeschränkt. Zugleich wird Abmahnvereinen mehr Transparenz abgefordert. Ein wesentlicher Ansatz ist zudem, finanzielle Anreize für lauterkeitsrechtliche Abmahnungen abzubauen.

Gesetz zur aktuellen Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften an das Unionsrecht. In erster Lesung behandelten wir ein Gesetz, mit dem anlässlich des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs insbesondere das Freizügigkeitsrecht angepasst wird. In der EU lebende britische Staatsangehörige und ihre Angehörigen werden danach trotz Verlusts des Freizügigkeitsrechts in eingeschränkter Form weiterhin Aufenthaltsrechte genießen. Deutschen Studierenden und anderen BAföG-Berechtigten werden auch nach Ende des Übergangszeitraums für einen im Vereinigten Königreich bereits vorher begonnenen Ausbildungsabschnitt Leistungen nach dem BAföG gewährt werden können.

Einen Überblick über die rund 30 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann
S. 4 unten: Diana Tuppack
Alle weiteren Fotos: Pixabay und privat